

Ressort: Politik

Anwaltverein: Angst vor "Abmahnindustrie" wird zu Unrecht geschürt

Berlin, 12.09.2018, 14:19 Uhr

GDN - Der Deutsche Anwaltverein (DAV) hat deutliche Kritik an Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) und deren Gesetzentwurf gegen missbräuchliche Abmahnungen geübt. Von einem "grassierenden Abmahnunwesen", welches Barley beklage, könne "keine Rede sein, wenn in einem Rechtsstaat Mandanten ihr Recht in Anspruch nehmen", sagte DAV-Präsident Ulrich Schellenberg der "Süddeutschen Zeitung" (Donnerstagsausgabe).

Die Angst vor einer "Abmahnindustrie" werde zu Unrecht geschürt. Im Gesetzesentwurf heiße es, zehn Prozent aller Abmahnungen seien "missbräuchlich". Dafür gebe es aber "bis heute keinerlei belegbare Zahlen", sagte Schellenberg. Außerdem könnten Abmahnungen "nur erfolgen, wenn es hierfür eine gesetzliche Grundlage gibt". Abmahnungen gebe es zudem "überhaupt nur, weil der Staat im Werberecht, im Urheberrecht oder beim Datenschutz die Rechtsdurchsetzung Privaten überlässt". Wenn man dies ändern wolle, "müsste man eine Aufsichtsbehörde einrichten, die dann Verstöße verfolgt". Außerdem gelte: "Wer zu Unrecht abgemahnt wird, kann dies immer auch gerichtlich überprüfen lassen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-111750/anwaltverein-angst-vor-abmahnindustrie-wird-zu-unrecht-geschuert.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619